



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

hen bereits „Germanija“ heißt. Das bedeutet aber auch: Versagt sich der als unermesslich reich angesehene Gläubiger, ist der ein Sündenbock.

Kohl kennt das Dilemma: Deutschland allein könne kein „Gesamtpaket von Hilfen“ schnüren, sagte er, damit „würden wir uns völlig übernehmen“, zumal ganz Osteuropa mit Fug nach der Deutschmark greift.

Die Deutschen können geltend machen, daß ein Erfolg der Perestroika im Lebensinteresse des gesamten Westens liegt, aber nur in Zusammenarbeit mit allen Industrieländern zu schaffen ist.

Dem Deal der UdSSR mit den Deutschen müßte ein ähnlicher Wirtschaftspakt mit der westlichen Welt folgen. Rußlands Schwäche kommt sie kaum teurer zu stehen als die Rüstungsmilliarden, die Rußlands Stärke sie bislang gekostet hat – „eine schöne Revanche des Handels“, bemerkte die Pariser Wirtschaftszeitung *Les Echos*, „der seit dem Verschwinden der Hanse auf diese Weise wieder zu Ehren kommt“.

Mag sein, daß sich die anderen bald beteiligen, die USA nach den Kongreßwahlen im November, die Japaner nach einer Rückgabe der Kurilen-Inseln durch Moskau, und daß die deutsche Geldmaschine nur das Antriebsrad zu sein braucht.

Kohl-Berater Teltschik setzt mehr auf die Europäer: Er glaubt, ein Konsortium unter Einschluß der Schweiz, Hollands, Österreichs zusammenzubekommen, das für die gewiß nötigen 15 Milliarden Dollar geradesteht. Washington könnte einer renommierten Consulting-Firma einen Dauersitz in der Sowjetunion finanzieren. Diese

Experten sollten dann dafür sorgen, daß mit den Milliarden effektiv an besserer Ausbeutung von Energie und Rohstoffen gearbeitet und, beispielsweise, die Güterverteilung in dem Riesenreich verbessert wird.

Doch die Westdeutschen werden vor allen anderen zahlen müssen: Allein ihr Warenhandel mit dem Ausland erbrachte von Januar bis Mai einen Überschuß von 56 Milliarden Mark. „Für die Einheit“, findet auch Berlins Walter Momper, „ist nichts zu teuer.“

Greifen die Sowjetreformen (schon gibt es genug Zucker und Seife), scheint Gorbatschows Ziel nicht unreal, um die Jahrhundertwende seinen Sowjetbürgern wenigstens den Lebensstandard der DDR der achtziger Jahre beschere zu können. Öffnet sich den Russen und ihren Mit-Völkern die Tür nach Europa, dringt der Geist des Abendlandes bis Wladiwostok am Stillen Ozean.

„Die liberalen, demokratischen Werte des Westens teilend, unwiderruflich in die westlichen Institutionen eingebaut und im Besitz einer dynamischen Wirtschaft, ist Deutschland am besten befähigt, Osteuropa und Rußland für den Westen zu gewinnen und zu halten“, urteilt Robert G. Livingston von der amerikanischen Johns Hopkins University.

Und die sonst oft so Deutschland-skeptische *New York Times* kannte in ihrer Kohl-Bewunderung nun kein Halten mehr: „Gorbatschow mag der Mann der achtziger Jahre gewesen sein. Wie es aussieht, wird Kohl die Titelfigur der Geschichte der Neunziger werden.“

Kennwort Rosenstock

Geheime Dokumente belegen, wie die Stasi noch im letzten Herbst Regimekritiker aus dem Wege räumen wollte: durch landesweit vorbereitete Internierungslager.

Die alten Burgen und Schlösser des Thüringer Waldes schienen bislang nur Touristen zu interessieren. Für Wanderer und Sommerfrischler waren die idyllischen Gemäuer im grünen Süden der DDR begehrte Ausflugsziele.

Doch nicht nur ruhesuchende Werktätige des Arbeiter-und-Bauern-Staates wußten die einsame Lage der alten Trutzbauten zu schätzen. Die festen Burgen mit ihren breiten Wassergräben und hohen Schutzmauern sollten nach geheimen Plänen des allmächtigen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) noch einem ganz anderen Zweck dienen: der massenhaften Internierung von Kritikern des SED-Staates.

Landesweit hatten die Schergen des einstigen Stasi-Ministers Erich Mielke, 82, perfide Vorsorge für den Fall „einer Spannungsperiode“ getroffen. Von Rostock bis Gera hatten die Agenten neben historischen Plätzen wie der Burg Ranis im Thüringischen auch Betriebs-erholungsheime, Jugendlager und Trainingsstätten von Sportvereinen als potentielle Isolierungslager für „Personen mit einer verfestigten feindlich-negativen Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ vorgesehen. Bei regimfeindlichen Großdemonstrationen sollten Rüstungsgegner, Antikommunisten, Kirchenobere und sonstige SED-Kritiker ergriffen und in den streng gesicherten Camps konzentriert werden.

Wie gefährlich dicht Anführer und Mitstreiter der Herbst-Revolution in der DDR davor standen, nach übelster süd-amerikanischer Diktatorenart weggesperrt zu werden, enthüllen Einsatzpläne der Stasi, die letzten Sonntag von SPIEGEL-TV präsentiert wurden.

Preußisch penibel hatten Mielke-Planer allein in der Montagsdemo-Stadt Leipzig mehr als 120 Namen und Adressen von Wende-Vorkämpfern registriert, die als erste festgesetzt werden sollten. Zum „politischen Untergrund“ rechneten die Stasi-Mitarbeiter den Pfarrer der Bethanienkirche, Günther Jacob (Grund: „Ständiger Nichtwähler“), ebenso wie den Leiterplattenbohrer Frank Zschunke. Der Arbeiter war negativ aufgefallen, weil er ein Anti-

Mauer-Plakat aus dem Fenster gehängt hatte.

Der Leipziger Frank Schlemmer wiederum sollte ins Lager, weil er unter anderem an der Jacke den Friedensaufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ trug. Der 20jährige Stephan Heleine war in Ungnade gefallen, nachdem er Stasi-Gehilfen als „Nazis“ beschimpft hatte. Der Wende-Vorstreiterin Helga Adam hingegen war zum Verhängnis geworden, daß sie „eine Betriebszelle des Neuen Forums“ gründen wollte. Ein Bankmitarbeiter namens Hebestreit, Nummer 55 auf der Liste, sollte hinter Stacheldraht, weil er „offene negativ-feindliche Äußerungen“ gegenüber SED-Mitgliedern („rote Schweine“) gemacht hatte.

Den Ablauf der Verschleppungsaktion hatte eine „Arbeitsgruppe des Mi-

auf Lastwagen, Betriebskampfgruppen standen in Seitenstraßen bereit. Kräfte der Stasi waren in und vor Kirchen postiert, lungerten im Gebüsch am Straßenrand oder hatten sich unter Passanten in der Innenstadt gemischt. Am Rande Leipzigs waren Panzer der Nationalen Volksarmee postiert, Hubschrauberpiloten mußten sich in „Führungsberichtschaft“ halten.

Daß den Montagsdemonstranten auch die Internierung gedroht hatte, brachte, wie so manches in der DDR, erst die Wühlarbeit von Bürgerkomitees in Geheimdienst-Kellern zutage.

Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatten Stasi-Auflöser im thüringischen Tautenhain bei der Begehung einer Kaserne Dokumente eingesehen, in denen als Lager vorgesehene Gelände notiert waren. Doch die Bürger konnten

tauchten Papiere des MfS, die aus dem Oktober 1989 stammen.

Von der Personalkarte für beobachtete Dissidenten über die Ausrüstung der Stasi-Greifer vom sogenannten Operativstab („Pistole, Munition 14 Schuß, Schlagstock, Handfessel, Taschenlampe“) bis zur Besetzung eventueller Schnellgerichte am Internierungsort – sämtliche Details einer Lager-Aktion hatten die Experten ausgefüllt.

Mit bürokratischer Gründlichkeit wurden in Frage kommende Objekte auf ihre Verwendbarkeit geprüft. Selbst auf Raum für den morgendlichen Befehlsempfang wurde, so bei einem Sportklub im Kreis Gotha, verwiesen: „Appellplatz für ca. 1200 Personen“.

Geprüft hatte die Stasi auch, wo es in den Objekten an Sicherheitsvorkehrungen mangelte. Beim Rückgriff auf das Erholungsheim „Zur Seebrücke“ des VEB Datenverarbeitung Cottbus etwa wurde empfohlen, „4 Gittertüren, 5 Zylinderschlösser, 100 Betonpfähle à 1,50 m hoch, 1000 m Stacheldraht“ vorrätig zu halten.

Für die Bewachung war eine gemischte Truppe aus Stasi-Spezialisten und Volkspolizei-Kräften vorgesehen. Im „12-Stundendienst“ sollten die Wächter Ausbruchversuche verhindern – zur Not auch mit Gewalt. Als Bewaffnung wurde für die Sicherungstruppe des zweckentfremdeten Mecklenburger „Trainingszentrums Sportschießen der SG Dynamo Grimmen“ empfohlen: „MP, Pistole und 1 Kampfsatz Munition“.

Das Lager-Konzept wurde, sicher ist sicher, auch verwaltungstechnisch geprobt. 1984 etwa befahl der

Stasi-Chef des Bezirks Erfurt, Generalmajor Schwarz, binnen 24 Stunden die bekannten „Personen“ seines Sprengels „konspirativ“ in das als Camp vorgesehene Schloß Beichlingen zu bringen. Aufzeichnungen über die Aktion („Kontrollkennwort: Rosenstock“) seien „zu vernichten“.

Wie wichtig es der Staatssicherheit vor allem in den turbulenten Wochen der Herbst-Revolution war, daß mögliche Verfrachtungsaktionen in der Stunde X reibungslos funktionieren würden, zeigt die Einsatzstudie der Minister-Arbeitsgruppe vom Oktober.

Ausdrücklich vergatterten die Experten der Zentrale ihre Außenstellen, die Deportationen umgehend „anwendungsbereit zu planen und vorzubereiten“.



Vorgesehenes Internierungslager Burg Ranis: „Pistole, Schlagstock, Handfessel“

nisters“ in der Stasi-Zentrale an der Ost-Berliner Normannenstraße ausgetüftelt. In einer „Studie zur weiteren Vervollkommnung und Effektivierung der spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen“ (Geheime Verschlusssache MfS o005-M 55/89) hatten die Mielke-Experten festgelegt, welche regionalen Stasi- und Vertrauensleute bei Kreis- und Bezirksbehörden im Ernstfall eingeschaltet werden sollten.

Die inhumanen Internierungsabsichten übertreffen alle bislang bekanntgewordenen Repressionsvorhaben, die das alte SED-Regime erwogen hatte, um gegen den Volkswillen an der Macht zu bleiben – das Leipziger Gewaltaufgebot in der Nacht des 9. Oktober inklusive.

An zentralen Punkten warteten seinerzeit Hunderte von Volkspolizisten

die Akten nicht sicherstellen. Weitere Nachforschungen der wegen des Verdachts geplanter Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelnden Militärstaatsanwaltschaft dauern noch an.

Einzelheiten der Stasi-Pläne erhellte im Mai ein Bericht der Ost-Berliner Tageszeitung *Der Morgen*. Unter Berufung auf Dokumente der Staatssicherheit beschrieb das Blatt angeblich schon vor Jahren geplante „Isolierungsobjekte“. Bereits 1979 sollen Späher beispielsweise das Trainingslager des Tambacher Sportvereins „Rote Jungfront“ für Staatsfeinde vorgemerkt haben. Geschätzte Aufnahmekapazität: „max. 1500 Personen“.

Wie perfekt eine eventuelle Kaserne vorbereitet war, dokumentieren allerdings erst die jüngst aufge-